

Protokolle aus den Foren

Donnerstag, 14. Mai 2009

Forum 3 – „Politik statt Markt“

Verantwortlicher: Dr. Martin Beckmann
Moderatorin: Begzana Dulovic-Kilian
Protokollantin: Dr. Susanne Uhl

Dr. Christina Deckwirth (WEED):

Impulsreferat über die europäische Deregulierungspolitik im Dienstleistungssektor.

- Nicht Staat – Markt, sondern Öffentlich-demokratisch vs. Privatwirtschaftliche Organisationsformen
- Kein Rückzug des Staates sondern Staat als Transformator – keine Deregulierung sondern Reregulierung (Privatwirtschaftliche Organisationsformen, Verbetriebswirtschaftlichung (auch von „Staatsunternehmen“))
- Rolle der EU – nicht vergessen – verstärkt Daseinsvorsorge in wettbewerbsstaatlicher Regulationsformen
- Gewerkschaften besonders betroffen – Beschäftigungsrückgang; Einfluss verloren im Rahmen der neuen Regulationsformen
- Finanzkrise hat widersprüchliche Auswirkungen auf Märkte – bremsende und beschleunigende (weniger Kapital) – (Anreize für Privatisierung durch die „teure Krise“)
- Privatisierungsskepsis nimmt in der Gesellschaft zu („Rekommunalisierungstrend“?)
- Neues Primat der Politik: die Begriffe öffentlich und demokratisch müssen normativ neu gefüllt werden.

Gewerkschaften und andere progressive gesellschaftliche Akteure sollten die Privatisierungsskepsis und Gegeninitiativen nutzen, um eine weitere Rücknahme von Privatisierungsprojekte zugunsten des Ausbaus öffentlicher Dienste zu fördern. Neue Allianz privatisierungsskeptischer Akteure: Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Sozialverbände, lokale Bürgerinitiativen und Umweltverbände und AktivistInnen aus der globalisierungskritischen Bewegung.

Dr. Ernst Wolowicz:

Impulsreferat zur Lage der Kommunen unter dem Druck der Privatisierung.

- Je deutlicher die konjunkturelle Krise desto deutlicher verstärkt sich bei der politische Klasse die Verdrängung struktureller Krise
- Strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Hand: Steuersenkungspolitik; Kommunen strukturell und nachhaltig unterfinanziert
- Neoliberaler Zeitgeist: Staat soll möglichst wenig stören
- Kommunen: Negativer Finanzierungssaldo bis 2005, danach leicht anwachsend – die kommenden Jahre deutlich dramatischer
- Durch Steuersenkungen in den Konjunkturpaketen, München 2009-2011 300 Mio. Euro weniger
- Investitionsstau in den Kommunen (704 Mrd.) – kommunale Investitionsquote in den letzten 20 Jahren gesunken.
- Was wäre notwendig? Pro Jahr rd. 25 Mrd. Euro für Investitionen
- Laufende Betriebsausgaben in müssen perspektivisch mitfinanziert werden...

Protokolle aus den Foren

- Stärkung der Finanzkraft der Kommunen essentiell
- Strukturelle unterfinanzierter Staat ist leichte Beute für Privatisierungsbefürworter und PPP – CBL – Projekte
- Rekommunalisierung – hat PolitikerInnen Handlungsfähigkeit beraubt – Macht an Wirtschaft abgegeben
- Brauchen Staat der ausreichende Finanzmittel hat, um für eine gute öffentliche Infrastruktur (v. a. durch die kommunale Daseinsvorsorge), ein gutes Bildungs- und Ausbildungssystem und die Sicherung des Sozialstaates zu sorgen.
- Gelingt es uns nicht, diesen Sozialstaat zu bewahren und teilweise erst wieder herzustellen, droht unter dem „Argument der knappen Kassen“ der weitere Ausverkauf öffentlicher Güter und Dienstleistungen und der Abbau des Sozialstaates.

Diskussion:

Rolle der EU:

- Rolle der EU darf nicht vergessen werden – wirkt bis in die Kommunen zurück; – Ministerräte entscheiden und nicht Kommission, d.h. wir müssen uns an unsere Regierung wenden mit Forderungen.
- Wenn Privatisierung so weitergeht wie bisher, kann man Kommunale Politik eigentlich streichen – keine Handlungsmöglichkeiten mehr auf dieser Ebene.
- Europa-Wahlkampf als Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen nutzen

Macht es der Staat besser?

- Staatliche oder Unternehmen in öffentlicher Hand machen leider oftmals gar keinen Unterschied zu privat organisierten – deshalb oft den BürgerInnen schwer vermittelbar, warum nicht auch privatisiert werden könnte.
- Plastisch machen: Was kann das heißen ein Unternehmen öffentlich und demokratisch zu gestalten? Andere Wirtschaftsformen – mehr Mitarbeiterbeteiligung, Genossenschafts- und Sozialwirtschaftsmodelle neu diskutieren.
- Warum sind Öffentliche besser als Private? – Bsp. München: jede Preiserhöhung ist Gegenstand der öffentlichen Diskussion, der Debatte im Parlament. Wohnungsunternehmen (rd. 50.000 WE): Stadt verzichtet auf Rendite.
- Öffentliche Kontrolle ist zentral.
- Gegen Privatisierung durch bereits gemachte Erfahrungen argumentieren: Privatisierungen in der Fläche und kleinen Kommunen ein Problem: Ausdünnung öffentlicher Verkehr, keine Post...
- Wenn man schon vorher die betriebswirtschaftliche Logik in die öffentlichen Unternehmen reingeholt hat, dann muss man sich nicht wundern, wenn BürgerInnen finden, dass auch privatisiert werden kann
- Öffentliche Kontrolle von öffentlichen Unternehmen erneuern.
- Aufzeigen was Privatisierung der sozialen Bürgerrechte anrichtet – z. B. Bildung
- Marktmechanismen haben nichts in der Daseinsvorsorge zu suchen – wir brauchen auch für verstaatlichte oder rekommunalisierte Betriebe andere demokratischere Instrumente.
- Wahlkampf zur Zuspitzung nutzen: Was bedeutete Privatisierung konkret für Menschen?
- Privatwirtschaft wird die 5 Mio. Arbeitslose, die wir am Ende dieses Jahres haben werden nicht auffangen: in allen wichtigen Fragen öffentlicher Aufgaben ist BRD Schlusslicht der OECD – Bildung Gesundheit, Pflege auf Niveau von Dänemark würde bedeuten, dass wir 3 Mio. mehr Menschen in diesen Bereichen beschäftigen müssten/könnten.

Protokolle aus den Foren

- Weitere Privatisierungen sind zu stoppen und dort, wo es finanziell möglich ist, rückgängig zu machen.

Chance der Gewerkschaften:

- Empirische Bankrotterklärung der Privatisierung deutlich machen: Gewerkschaften haben Chance auch in dem sie aufzeigen, was Privatisierung angerichtet hat, können auf dieser Basis sehr deutlich machen, welche Chancen öffentliche Daseinsvorsorge bieten kann – Gebrauchswert deutlich machen.

Prof. Dr. Frank Nullmeier:

"Politik statt Markt", Inputreferat zur Zukunft des Sozialstaates.

- Vermarktlichung der Sozialen Sicherungssysteme trägt durchaus unterschiedliche Züge im Zusammenhang mit drei Märkten: Arbeits-, Produkt-, und Finanzmarkt (Anforderung an eine Entkopplung vom Markt stellt sich in den unterschiedlichen Märkten (Arbeits-, Produkt-, und Finanzmärkten) jeweils anders):
- Arbeitsmarkt: Arbeitsmarktzentrierung der gesetzlichen Rentenversicherung: Abhängig Sozialer Sicherung von den Löhnen muss reduziert werden dadurch dass wir Zugriff haben auf alle Einkommensarten – größtmögliche Element von Unabhängigkeit vom Markt
- Produktmärkte (Anbieten von sozialen Dienstleistungen): hier kann man durch staatliche Intervention und Regulierung einiges machen: mit sozialpolitischen Regulierung kann man diese Märkte hinbiegen. Aber die Kopplung mit den Finanzmärkten durch Investoren etc. muss durchbrochen werden.
- Finanzmarktseite: mit der internationalen Regulation kann man zwar durchaus einiges erreichen, dass dies aber sozialpolitische Prägung unterliegt, ist aber mehr als fraglich. Das heißt: wir müssen zurück zur Umlagefinanzierung – langfristige Absicherung durch Finanzmärkte nicht möglich, Entkopplung von Finanzmärkten

Rolle des Staates:

Staat hat sich in den letzten Jahren unter neoliberalen Druck von vielen sozialen Risiken befreit: verschoben auf einzelne Bürger

Staat muss als Letztinstanz gerade in die Finanzmärkte eingreifen – Staat muss das Risiko als Letztgläubiger aber wieder loswerden – Staat bekommt gerade potenziert zurück, was er vorher an die Einzelnen zurück delegiert hat

Wie kann der Staat eine Risikoverteilung schaffen, die alle anderen in die Risikoverteilung mit einbezieht?

Prof. Jay Ginn:

Impulsreferat über die Privatisierung der Altersvorsorge

- Private Pensionen und die Risiken der Finanzmärkte – hier kann GB ein abschreckendes Beispiel sein; deshalb ist die Auseinandersetzung wichtig
- Auch Gewerkschaften in GB haben ihre Mitglieder durch entsprechende Verhandlungslösungen diesen Problemen mit ausgesetzt
- 84% aller Pensionsfonds in GB sind derzeit unterfinanziert (meisten Arbeitnehmer haben in 2008 zwischen 30–40% ihres Geldes verloren)
- Pensionsfonds haben zur derzeitigen Finanzmarktkrise beigetragen
- Die gesamte Arbeiterklasse muss sich mit diesem Problem der Pensionsfonds auseinandersetzen: sie sind keine Antwort auf die zentralen Probleme

Protokolle aus den Foren

Diskussion:

- Zentrale Säule muss die gesetzliche Rentenversicherung sein (plus Betriebsrenten, an denen sich auch die Arbeitnehmer beteiligen) – Ziel muss sein Erwerbstätigenversicherung
- Referate haben empirisch deutlich gemacht wie sehr die Finanzmarktkrise die Risiken der sozialen Sicherungssysteme erhöht haben
- Alterssicherung muss auf der Basis gerade dieser Erfahrungen nochmals in Richtung Erwerbstätigenversicherung geschoben werden
- Defizithaftung des Staates muss neu formuliert werden – Kosten der Krise dürfen nicht ins eigene Feld geschoben werden, das dürfen wir nicht zulassen.
- Wenn man eine Legitimationskrise des Staates feststellt dadurch, dass alle Lasten aus der Krise dem Staat, also uns allen, aufgebürdet werden, muss man doch unruhig werden.
- Es muss eine Art 20-Jahres-Plan geben, der feststellt, wie die Folgen dieser Krise eigentlich bewältigt werden sollen.
- In der Rentendebatte rund um Riester ging es nicht um Überalterung oder irgendwas anderes – es ging darum die Beitragskosten arbeitgeberfreundlich zu gestalten. Das war eindeutig das politische Ziel.
- Wir haben mit Riester nicht nur ein Finanzmarktproblem, sondern auch ohnehin ein Gerechtigkeitsproblem.
- Jeder der die Logik in der Vergangenheit nicht mitgemacht hat wurde als Blödmann gebrandmarkt – dagegen muss dringend was getan werden.
- Wie kriegen wir gesellschaftlichen Diskurs organisiert: was ist mir meine Altersversicherung wert? Wasser im Wein: Seitens der Gewerkschaften wurde die Entgeltumwandlung positiv begleitet, d.h. es gibt gewerkschaftliche Eigeninteressen der Betriebe der Gewerkschaftsbewegung.
- Wie kommen wir auf den Pfad der Tugend zurück? Wir müssen klar sagen, dass die derzeitigen Beitragssätze nicht zu halten sein werden.
- Gewerkschaften müssen die Systemfrage in der Alterssicherung gerade jetzt neu stellen.
- Seit 2005 auch unter rot-grün und der Druck jede Arbeit auch anzunehmen hat dazu geführt, dass die gewerkschaftliche Gestaltungsmacht deutlich geschrumpft ist – das müssen wir als Gewerkschaften erst einmal selbstkritisch feststellen.
- Lasst uns bitte skeptisch sein im Hinblick auf Regulierung, sie ist nicht das Heilmittel – manchmal muss man Dinge auch einfach nur verbieten.
- Strategischer Punkt: Diskutieren wer ist Schuld an der Krise – wird stark personalisiert – ist aber wichtiger: strukturelle Krise – am Ende der Krise muss ein Modell stehen, das alle neu umfasst, auch die Verursacher der Krise mit ihren Einkommen. Einerseits also: ihr seid schuld, aber wir bieten in den sozialen Sicherungssysteme jetzt was an, was wir zusammen machen.

Phil Jennings:

Impulsreferat zu internationalen, gewerkschaftlichen Strategien im Dienstleistungsbereich

André auf der Heiden:

Impulsreferat über Privatisierungen im kommunalen Bereich vor dem Hintergrund der Krise und wie die Gewerkschaften hierauf reagieren sollten